

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14)
1 mm Höhe 10 RM, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 RM; amtlich 1 mm
30 RM und 24 RM; Reklame 25 RM. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 230

Donnerstag, den 2. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Sonntag, den 5. und Mon-
tag, den 6. Oktober 1930

Krammarkt in Pulsnitz

Montag, den 6. Oktober 1930

Biehmarkt in Pulsnitz

Rat der Stadt

Freitag, den 3. Oktober 1930, nachmittags 2 Uhr sollen in Großnaundorf, Sam-
melort der Bieter: Lunzes Gasthof

2 Ziegen, 1 Ferkel, 1 Glasschrank, 1 Ausziehtisch, 4 neue Stühle,
1 Vertiko, 1 Kommode, 1 kleiner Musikapparat
meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 2. Okt. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Kanzlerbesprechungen über das Finanz-Programm

Rechtsregierung in Braunschweig — Erste staatsparteiliche Versammlung in Berlin
Das deutsche Landvolk verlangt Regierungsumbildung — Ungünstiger Eindruck der Briandrede in Genf
Mussolini über die Wirtschaftskrise in Italien

Wie jetzt zu dem Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten am Dienstag verlautet, hat der Reichspräsident nach dem Vortrag Dr. Brüning die Absichten des Reichskanzlers in vollem Umfange gebilligt. Sicherem Vernehmen nach hat auch Dr. Brüning in seinem Vortrag sich nicht nur darauf beschränkt, die Grundzüge des Wirtschafts- und Finanzplans zu entwickeln, sondern er hat auch seine politischen Absichten zur Verwirklichung dieses Programms dargelegt.

Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun hat ergeben, daß der preussische Ministerpräsident dem Reichskanzler die Unterstützung der preussischen Staatsregierung im Reichsrat bei der Behandlung der einzelnen Gesetzesentwürfe zugesagt

hat. Da der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-
Lischoff ständig an den Beratungen des Reichskabinetts teilgenommen hat, ohne daß er zu dem gesamten Plan Einwendungen erhoben hätte, rechnet man in der Reichskanzlei mit der sicheren Unterstützung Preußens.

Der Kanzler wird zunächst Verhandlungen mit den Führern aller in Betracht kommenden Parteien aufnehmen. Eine

Unterredung mit den Vertretern der Sozialdemokratie, Hermann Müller (Franken) und Wels,

ist nur inoffizieller Natur gewesen und hat, wie berichtet wird, lediglich zur Unterredung der beiden Sozialdemokraten ge-
dient.

Der Reichskanzler hatte am Mittwoch von den bisher hinter der Regierung stehenden Parteien

den Abgeordneten Graf Westarp und den Reichsernährungs-
minister Schiele empfangen,

um die Stellungnahme der Landvolkpartei und der Volkskonservativen anzuhören. Es sollen dann in den nächsten Tagen Besprechungen mit Vertretern der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums stattfinden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Müller-Franken, die außerhalb der Reichskanzlei mit dem Reichskanzler sich bereits trafen, werden Donnerstagabend noch offiziell empfangen, ehe am Freitag die Beratung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattfindet. Verhandlungen mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten sind für Ende der Woche oder für Anfang nächster Woche in Aussicht genommen.

Im Laufe des Mittwoch hatte Dr. Brüning eine Abordnung des Deutschen Städtetages empfangen.

Bei der Besprechung wurden die wichtigsten kommunalpolitischen Fragen des Regierungsprogramms erörtert. Die Vermutung liegt nahe, daß von Seiten der Städte auf die Bedenken hingewiesen worden ist, die die Kommunen gegen einzelne Teile des Programms bereits vorher in internen Besprechungen zum Ausdruck gebracht haben.

Die Fraktionen beraten.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist für Sonntag zu ihrer ersten Fraktionsitzung einberufen worden. Die sozialdemokratische Fraktion hält schon am Freitag-
nachmittag ihre erste Sitzung ab.

150 Millionen Dollarkredit?

Im Auftrage der Reichsregierung führt der Reichsbankpräsident Dr. Luther augenblicklich Verhandlungen wegen eines Uebergangskredits, den die Reichsregierung im wesent-

lichen im Ausland aufnehmen will. Schätzungsweise hat der Reichsfinanzminister schon 300 Millionen Mark Uebergangskredit aus innerdeutschen Mitteln vom Reichsbankpräsidenten erhalten. Es verbleibt noch ein Rest von etwa 900 Millionen Mark, der aber nicht auf einmal aufgenommen werden soll. Bielemer wird zunächst ein kleinerer Betrag in Höhe von etwa 100—150 Millionen Dollar im Aus-
lande gesucht.

Der Reichsfinanzminister zum Ueberbrückungskredit.

Hamburg. In seiner Abendausgabe vom Mittwoch bringt das „Hamburger Fremdenblatt“ eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit dem Reichsfinanzminister Dietrich über den Ueberbrückungskredit. Das Blatt schreibt u. a.:

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte unserem Berliner Vertreter, daß es sich bei dem Ueberbrückungskredit um eine sehr einfache und zu keinerlei Beunruhigung Anlaß gebende Maßnahme handle. Während der Etat des nächsten Jahres voll ausgeglichen sei, fehlten in dem diesjährigen Etat noch einige 100 Millionen Mark, die durch die erhöhten Ansprüche der Arbeitslosenfürsorge und durch Rückgänge der Einnahmen benötigt würden. Diese Beträge sollen auf dem Kreditwege beschafft werden, bis ihre Abgeltung vom 1. April 1931 ab im Wege des ordentlichen Haushalts erfolge. Die Reichsbank sei beauftragt, zu prüfen und darüber zu verhandeln, wie ein solcher Kredit am zweckmäßigsten aufgenommen werden könne. In einem Gesetz, das dem Reichsrat in den nächsten Tagen zugehen werde, werde die Abtragung des Kredites und des größten Teiles der schwebenden Schulden des Reiches in 36 Monatsraten geregelt werden, bei denen auf jedes Jahr 420 Millionen entfallen.

Reichsarbeitsminister Stegerwald zum Finanzprogramm.

Ueber die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Lage Deutschlands äußerte sich Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gegenüber einem Nachrichtenbüro etwa folgendermaßen: Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren in einem großen Irrgarten herumgewandelt. Wir haben den größten aller Kriege verloren, den je die Weltgeschichte gesehen, und trotzdem machten sich die breitesten Kreise keine Vorstellungen darüber, daß Deutschland, das nun einmal den Krieg verloren hat, sich nicht unter allen am Krieg beteiligten Staaten, von Amerika und England abgesehen, den höchsten Lebensstandard leisten kann. Die Lohnbewegungen haben bis in das Jahr 1929 ihren Fortgang genommen. Heute besteht unter allen Kreisen, die die Dinge nicht agitatorisch behandeln, Meinungsübereinstimmung darüber, daß der beschrittene Weg falsch war, und daß nunmehr weitgehend wieder zum Ausgangspunkt von 1927 zurückgekehrt werden muß.

An Löhnen und Gehältern dürften in 1930 in Deutschland etwa 45 Milliarden bezahlt, an Ausgaben in Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung im gleichen Jahre über 27 Milliarden Mark ausgebracht werden.

Nach Abzug der doppelt aufgeführten Posten hat die deutsche Wirtschaft an Lohn- und Gehaltsanteilen sowie für Abgaben an die öffentliche Hand rund 65 Milliarden M. aufzubringen. Dabei ist dieser Betrag noch sehr einseitig verteilt. Dadurch, daß die Landwirtschaft, die etwa den

Das Wichtigste

Gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der Presse wird von zuverlässiger Stelle darauf hingewiesen, daß auch die Bezüge der Angehörigen der Reichswehr und der Polizei den gleichen Kürzungsbestimmungen unterliegen wie die Bezüge der Beamten. Kürzungsfrei bleiben allein die Bezüge bis zu 1500 Mark jährlich.

Der Deutsche Beamtenbund hat zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung eine Entschliebung gefaßt, in der er gegen die drohende Belastung der Beamtenschaft Protest einlegt.

Die am Dienstagabend zum Abschluß gelangte Versteigerung der Sammlung Fjodor brachte das Gesamtergebnis von über 4 Millionen Mark.

Der österreichische Minister hat den Vizekanzler des Verwaltungsausschusses der Bundesbahnen und Direktor der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Dr. Dollfuß anstelle des zurückgetretenen Präsidenten Banhaus zum Präsidenten der Bundesbahnen ernannt. Wie in Buenos Aires gerichtlich verlautet, ist die Regierung von Ecuador zurückgetreten.

vierten Teil der deutschen Bevölkerung darstellt und auch rund den vierten Teil aller volkswirtschaftlichen Werte erzeugt, aber nur höchstens 2 Milliarden von den insgesamt 27 Milliarden Mark, also nur den dreizehnten Teil aller öffentlichen Abgaben aufbringt — weil sie in den letzten Jahren größtenteils unrentabel war —, mußte der Rest von 25 Milliarden Mark auf Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, freie Berufe, Beamte, Angestellte und Arbeiter abgewälzt werden. Diese gewaltigen Beträge lähmen und erdrücken die gewerbliche und industrielle Wirtschaft. Vom Januar bis Ende September 1930, also in neun Monaten, mußten die öffentlichen Abgaben an Reich, Länder und Gemeinden und der Arbeitslosenversicherung um mehr erhöht werden, als vor dem Kriege der gesamte Jahreshaushalt des Reiches betrug. Dabei sind in der gleichen Zeit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die allerdings in diesen Riesensummen enthalten sind, von 3 auf 6½ v. H. erhöht worden. In solcher Situation sind

Steuererhöhungen in Deutschland nicht mehr möglich.

In diesem Zusammenhang müssen die in Aussicht genommenen Gehaltskürzungen der Beamten und müssen auch die sozial unangenehmen Abstriche am Etat 1930-31 angesehen werden. Keine Reichsregierung, keine Landesregierung und keine größere Gemeinde kommt in 1930-31 um Gehaltskürzungen herum. Das liegt in der Macht der Tatsachen und nicht etwa an Mißgunst gegenüber den Beamten.

Es geht in der nächsten Zeit darum, ob wir Staat, Demokratie und Wirtschaft retten wollen, oder ob wir, nachdem wir seit dem Waffenstillstand von Compiègne in zwölf Jahren Deutschland vor dem Abgrund bewahrt haben, jetzt in letzter Stunde die Nerven verlieren und in den Abgrund treiben wollen. Jetzt geht es darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinanderbeißen, ob wir den in Arbeit stehenden die Arbeit erhalten und dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder allmählich Arbeit beschaffen wollen.

Was sagt die Welt dazu?

Amsterdam. Das Sanierungsprogramm des Reichskanzlers Brüning findet in den Niederlanden zurückhaltende Bewertung. In Finanzkreisen überwiegen bei der Beurteilung des Reorganisationsprogramms die Zweifel. Man bezweifelt, daß selbst bei vollkommener Durchführung der Sparpläne die Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft erfolgen könne, solange nicht das Hauptübel der Wirtschaftskrise und das größte Hindernis für den Wiederaufbau Europas, der Young-Plan, von Grund auf abgeändert werde.

London. Die Vorschläge des deutschen Kabinetts zur Sanierung der deutschen Finanzen haben im allgemeinen in London einen guten Eindruck gemacht. Die „Times“ erklären, daß dieses Programm im Vergleich zu den bisherigen Methoden leerer Versprechungen, von der Hand in den Mund zu leben, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wohl Vertrauen einflößen könne. Man könne jedoch Zweifel darüber haben, ob die politischen Verhältnisse, unter denen das Programm durchgeführt werden soll, eine tatsächliche Verwirklichung er-

